

Deutsch-Ostafrikanische Zeitung.

Mit den Gratisbeilagen:

„Amtlicher Anzeiger für Deutsch-Ostafrika“ und „Illustrierte Unterhaltungsbeilage“

Publikationsorgan der Wirtschaftlichen Vereinigung von Darassalam und Hinterland, des Landwirtschaftlichen Vereins, des Wirtschaftlichen Vereins Kundi und des Wirtschaftlichen Verbandes Nuffi.

Darassalam

22. Juli 1914

Erscheint
zweimal
wöchentlich.

Bezugspreis:

für Darassalam vierteljährlich 4 Mk., für die übrigen Teile Deutsch-Ostafrika vierteljährlich einschließlich Porto 6 Mk. Für Deutschland und sämtliche deutsche Kolonien vierteljährlich 6 Mk. Für sämtliche übrigen Länder halbjährlich 14 Mk. Amtlicher Anzeiger für Deutsch-Ostafrika, allein bezogen, halbjährlich 8 Mk. oder 12 Mk. Bestellungen auf die D.-O.-A. Zeitung und ihre Nebenblätter werden von der Geschäftsstelle in Darassalam (D.-O.-A.) und dem Büro in Deutschland, Berlin SW. 11, Dossauerstraße 28-29 sowie von sämtlichen deutschen und österreichisch-ungarischen Postanstalten entgegengenommen.

Anzeigengebühren:

für die begehrteste Zeitspalte 35 Heller oder 50 Pf. Mindestsatz für eine einmalige Anzeige 3 Mk. oder 4 Mk. Für Familienanzeigen sowie größere Anzeigenaufträge tritt eine entsprechende Preisermäßigung ein.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle in Darassalam und das Büro in Deutschland, Berlin SW. 11, Dossauerstraße 28-29 sowie sämtliche größeren Konzentrationsexpeditionen entgegen.

Telegramm-Adresse für Darassalam: Zeitung Darassalam.

Jahr-
gang XVI.

Nr. 59

Der Abdruck unserer Originalartikel — auch auszugsweise — ist nur mit voller Quellen-Angabe gestattet.

Berliner Telegramme.

Ergebnis der Reichstagsstichwahl in Coburg.

Berlin, 18. Juli (W. Z.). In Coburg wurde bei der Reichstagsstichwahl der Fortschrittler Arnold gegen den Sozialdemokraten gewählt.

Schärferes Regime in Elsaß-Lothringen.

Berlin, 18. Juli (W. Z.). Der Statthalter verweigerte die Genehmigung der Wiederwahl des Zaberner Bürgermeisters.

Deutsche Kolonialgesellschaft und Selbstverwaltungsfrage.

Unter den zahlreichen, wichtigen und für unsere Kolonien wertvollen Thematika, mit denen sich die Deutsche Kolonialgesellschaft auf ihrer im vorigen Monat in Danzig abgehaltenen Hauptversammlung beschäftigte, wurde auch die Selbstverwaltungsfrage unserer Kolonien gestreift, und zwar in einer Weise, die wir hier draußen nicht unwidersprochen lassen können.

Es ist verständlich, wenn die von der Kolonialgesellschaft zum Studium der Selbstverwaltungsfrage ernannte Kommission zunächst davon abließ, gemäß dem auf der vorjährigen Hauptversammlung in Köln gefassten Beschluß eine Eingabe wegen Ausgestaltung der Selbstverwaltung an den Reichskanzler zu richten, da sie bisher noch nicht Zeit oder Gelegenheit gefunden hatte, sich mit der Angelegenheit so eingehend, wie es diese wichtige Frage verlangt, zu befassen, beziehungsweise, wie es in dem von Herrn Dr. Karstedt erstatteten Bericht der Kommission heißt, sich darauf beschränkt hat, im Anschluß an das bereits vorhandene Material über die Teilnahme der weißen Bevölkerung der Schutzgebiete an der Selbstverwaltung der Gemeinden und Bezirke zu beraten. Unverständlich ist es aber wie die Kommission, trotzdem sie sich anscheinend noch nicht sehr eingehend mit der Angelegenheit befaßt hat, zu dem Urteil kommt, daß sich die Angelegenheit besonders nach Annahme der Städteordnung durch die Bevölkerung von Darassalam und Tanga in gutem Fluß befindet, und daß ferner „die neuen Formen der Selbstverwaltung allen berechtigten Ansprüchen zu genügen scheinen. Mit dieser Ansicht dürfte die Kolonialgesellschaft in allen kolonialen und kolonialfreundlichen Kreisen wohl allein dastehen. Zu einer Zeit, wo von allen Seiten immer lauter die Forderung ertönt, endlich einmal einen Anfang mit einer wirklichen Selbstverwaltung zu machen — denn was wir bisher haben ist keine Selbstverwaltung — erklärt die berufene Vertreterin deutsch-kolonialer Interessen in der Heimat laut und vernehmlich „der derzeitige Stand der Angelegenheit sei vorzüglich und entspreche allen berechtigten Wünschen“. Wenn die Kolonialgesellschaft der Meinung war, daß es sich nicht empfehle, schon jetzt wieder z. B. für die eben erst in Funktion getretenen Stadträte weitergehende Vorschläge zu machen, sondern erst einmal abzuwarten, wie sich die neue Einrichtung bewährt — auch wir sind hier durchaus derselben Ansicht — so konnte man dieser Meinung Ausdruck geben, ohne gleichzeitig die durch nichts begründete Behauptung aufzustellen, daß die neue Form allen berechtigten Ansprüchen zu genügen scheine. Es hat sich ganz in Gegenteil bisher lediglich herausgestellt, daß diese neue Form der Selbstverwaltung auch den allerbescheidensten Ansprüchen nicht genügt und daß es die erste Aufgabe der neuen Stadträte sein wird, Material für die Weiterbildung der Städteordnung zu sammeln.

Wir verlangen hier keineswegs und können auch nicht verlangen, daß die Kolonialgesellschaft immer in dieselbe Kerbe mit uns haut, und stets und ständig das zu ihrem Hauptprogramm macht, was uns hier momentan am wichtigsten dünkt, sie sollte sich doch aber immer wenigstens so weit über die tatsächliche Stimmung in der Kolonie unterrichtet halten, daß sie nicht eine Institution für äußerst befriedigend und allen Wünschen Rechnung tragend erklärt, deren baldigen weiteren Ausbau die gesamte Bevölkerung der Schutzgebiete einhellig dringend verlangt, und deren Ungültigkeit und Reformbedürftigkeit selbst von der Regierung keineswegs bestritten wird.

Und da scheint uns der Hauptfehler zu liegen: mangelnde Frühlingnahme mit der Bevölkerung der Schutzgebiete selbst. Die Deutsche Kolonialgesellschaft sollte es als eine ihrer Hauptaufgaben betrachten, den berechtigten Wünschen der Kolonialdeutschen als Sprachrohr zu dienen. Sie sollte es sich angelegen sein lassen mit den Wirtschaftlichen Organisationen in Verbindung zu treten, wobei die in den Kolonien bestehenden Zweigvereine der Gesellschaft, eine nützbringende und dankenswerte Tätigkeit entfalten könnten. Wenn die Kolonialgesellschaft ständig über die Stellungnahme der kolonialen Bevölkerung zu den wichtigsten kolonialen Fragen orientiert ist, dann wird es auch nicht vorkommen, daß sie Kundgebungen erläßt, die in direktem Widerspruch mit einmütig geäußerten dringenden Wünschen unserer Kolonien stehen.

G. Sch

Der Kronprinz.

Im Verlag von Wilhelm Köhler, Minden, ist unter obigem Titel ein Werk aus der brillanten Feder des bekannten Schriftstellers Dr. Paul L. im an erschienen, wie es gerade unserer Zeit bitter Not tut, ein Werk, das jeder Deutsche der sich Gedanken über seines Vaterlandes Zukunft macht, lesen sollte. Besser als Worte möge folgender Abschnitt aus dem Werke, der gerade für unsere Kolonie besonders aktuell ist, und den wir mit Genehmigung des Verfassers hier wiedergeben, das Buch empfehlen. In dem Kapitel „Probleme der Zukunft“ schreibt L. im an:

„Eine Episode, scheinbar ohne Bedeutung, flüchtig behandelt und schnell vergessen: Im Frühling dieses Jahres war es zu lesen, daß der Kronprinz des Deutschen Reiches die Absicht habe, in die Kolonien zu fahren und daß vom Reich ein Teil der Kosten gefordert werden solle. Daß die Absicht bestand, ist sicher; daß sie vereitelt wurde, ist zu bedauern. Aus mancherlei Gründen. Vor allem deshalb, weil man anscheinend den Plan nur aufgab, um unerfreuliche Debatten und eine Kritik des jungen Fürsten im Reichstag zu vermeiden, weil also auch hier die Parlamentsfurcht einen guten und klugen Gedanken ersticht. Es war ein Sieg der Demokratie, vor deren Drohen man ängstlich zurückwich, ein Sieg, erpochten, noch ehe ein Schwertstreich fiel, die Flucht der Regierung schon vor der geballten Faust. Und gedankenlos wurde zugleich für den jungen Fürsten eine Beschämung geschaffen, wurde durch das Weichen vor der Drohung, die geforderten Mittel zu verweigern, das Geständnis abgelegt, daß hier, in dieser Fahrt nach dem Süden, nicht ein ernster Zweck verfolgt werden sollte, sondern daß wirklich nur Erholung und Vergnügen die Ziele waren.

Und doch hatte der Kronprinz es anders gewollt. Er hatte gemeint, daß der Kaiser der Zukunft den Blick auch über die engen Grenzen der deutschen Heimat hinauslenken müsse in die Ferne, daß er vor allem verpflichtet sei, aus eigenem Schauen ein Urteil über das Land und die Möglichkeiten seiner Entwicklung zu erlangen, das bisher den Inhalt der Formel von einem „größeren Deutschland“ bildet. Statt der Bücher und der Berichte sollte ihm per-

sönliches Erleben und persönliches Schauen das Urteil bilden, statt der viel geschmähten höfischen Ratgeber sollte er die Stimmen in der Tat sachen hören. Und weil die Kolonien nicht Preußen, sondern dem Reich gehören, weil die Weltpolitik nicht von dem einzelnen Staate, sondern von der im Reich vereinten Gesamtheit zu treiben ist, deshalb sollte das Reich einen Pfennig opfern. Hier war nicht nur ein Symbol für die Entwicklung gegeben, die das Leben Deutschlands in diesen letzten Jahrzehnten zurückgelegt hat, seitdem die deutsche Politik die Ege des Kontinents verließ und einen universalen Charakter gewann, hier sollte auch nicht eine Märchenfahrt, wie der Kaiser sie einst nach Tanger antrat, vage Hoffnungen in der Nation und Elemente der Unruhe in der internationalen Politik erwecken, sondern der junge Fürst, dessen Urteil dereinst von so großer Bedeutung werden wird, sollte studieren und lernen, vergleichen und prüfen. Und er war freudig bereit, weil er erkannt hat, daß seiner noch andere Aufgaben harren, als nur die Sicherung des von den Vätern erkämpften Besitzes, daß ein Volk, wenn es nicht vorwärts strebt und höher greift, sich seines Rechtes auf die Zukunft begibt. Nicht die Sucht, nach neuen Sensationen, nach neuem Vergnügen, sondern das Gefühl der Verantwortung hat in dem Prinzen den Gedanken zur Fahrt in das deutsche Kolonialland geweckt.

Denn er weiß es, daß wir an einer Wendung der Geschichte stehen. Wir fühlen es ja alle, daß die Morgenschauer einer neuen Weltendammerung herauszuziehen beginnen und daß die Geschichte der künftigen Jahrzehnte, in denen der Kronprinz der Führer sein will, einen anderen Inhalt gewinnen muß, als die Vergangenheit. Gewiß wird eine Universalmonarchie im Sinne des frühen Mittelalters niemals wiedererstehen, und wenn wir dennoch heute im engeren Sinne von einer Welt Herrschaft reden wollten, so müßten wir auf England weisen, dessen Flagge auf allen Meeren die Herrschaft führt, dessen Kolonien einen gewaltigeren Besitz bedeuten, als die Cäsaren jemals unter ihrer Herrschaft vereinten. Aber so gering auch Deutschlands Besitz erscheinen mag, so bildet er doch die Bürgschaft dafür, daß auch wir einen Anspruch bei der Verteilung der Welt anmelden, aktiv an der Lösung der großen Aufgaben des universalen Lebens teilnehmen wollen. Auch für uns gibt es einen Zwang zum Vorwärtsgang, zum weiteren Steigen. Das hat schon der Mann erkannt, der mit der Einigung Deutschlands die endlose Periode des Ringens um das natürlichste Recht der Nation abschloß: Schon Bismarck hat uns die ersten Ziele auf neuem Wege gesteckt. Und es kann der Gesamtheit nur zum Heile gereichen, wenn auch das Auge der Hohenzollern neue und stärkere Sehkraft gewinnt, wenn es über die Grenze des Reiches in jene Fernen dringt, in denen, wie in Kiautschau, das Germanentum mit der gelben Rasse zusammentrifft, wenn es selbst durch die Einsamkeiten des fernen Ozeaniens und durch die Wildnisse des dunkeln Erdteils wandert.

Es wäre ein schönes und starkes Bild gewesen, wenn das deutsche Volk dem Kaiser der Zukunft die Mittel bot, dorthin in die Ferne zu ziehen, zu schauen und zu lernen und innerlich zu gestalten. Es wäre ein Bild der neuen Zeit und des neuen Weltens und der Hoffnung geworden. Kaiser Wilhelm sandte seinen Bruder über den Ozean, er meinte jetzt auch die Zeit gekommen, durch die Fahrt des Sohnes zugleich den kolonialen Gedanken in der eigenen Heimat zu stärken und den Vorkämpfern deutscher Arbeit dort draußen neue Zuversicht und neues Heimatgefühl zu schaffen. blieb denn die Fahrt des Kronprinzen nach Indien, in das Kolonialland Englands, ohne Wirkung? Mußte nicht schon — man wünscht es doch sonst so heiß im Lager der Demokratie — der ungezwungene Verkehr mit Menschen, die nicht höfisch abgestempelt sind, die nicht mit der Ahnenprobe zugleich den Beweis einer besonderen Erleuchtung ablegen, die